

## Was passiert, wenn Wissen *nicht* zirkuliert?

„Demokratie“ in den Zeitschriften der österreichischen Parteijugend  
(1945–1955)

*Abstract: What Happens When Knowledge Does Not Circulate? Democracy in the Magazines of the Austrian Party Youths (1945–1955).* An essential part of the Western Allies' plans for the democratisation of Austrian society was to provide Austrian youth with political knowledge in order to entrench democracy in the coming generations and thus ensure its longevity. Political youth magazines were one of the media to support this process. Along with other educational offerings, they were to facilitate the circulation of political knowledge after its initially linear transfer from the Western Allies to the Austrian population. In this article, I use the example of Austrian party youths' magazines to reflect on the obstacles to the transfer or circulation of political knowledge as envisaged by the Western Allies. Based on the analysis of selected issues of these magazines between 1945 and 1955 and of the metaphorical concepts used in them, I discuss what circulated when the intended political knowledge about democracy did not. I conclude that in the political magazines and the writings of party youths traditional party ideologies merged with democratic rhetoric, resulting in the circulation of competing concepts of democracy.

*Keywords:* circulation of knowledge, non-circulation, post-war period, political knowledge, democratisation, party youths

„Es ist ein nicht unbedeutender Fehler gerade der Demokratie in den europäischen Ländern vor Hitler gewesen, daß die Jugendfrage immer den letzten Punkt in der Tagesordnung darstellte. [...] Die verhängnisvollen Folgen haben wir in den sieben Jahren Nationalsozialismus zur Genüge kennengelernt.“<sup>1</sup>

---

DOI: <https://doi.org/10.25365/oezg-2023-34-3-9>



Accepted for publication after external peer review (double blind)

Florence Klauda, Institut für Historische Sozialforschung, Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Florence.Klauda@akwien.at

1 Ruf der Jugend (RdJ), 1.11.1945, 1.

Mit diesen Worten eröffnete der *Ruf der Jugend* (RdJ), Zeitschrift der politischen Jugendorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der Österreichischen Jugendbewegung (ÖJB), am 1. November 1945 ihre erste Ausgabe. Die ÖJB forderte die dezidierte Einbindung der Jugend in den (Wieder-)Aufbau Österreichs und der Demokratie und warnte davor, den Fehler der Zwischenkriegszeit, die Jugend und ihre Interessen nicht ernst zu nehmen, zu wiederholen. Damit griff sie eine Frage auf, mit der sich die Westalliierten bereits im Laufe der Kriegsjahre intensiv befasst hatten: Wie konnte die Jugend, deren bisherige Sozialisierung von faschistischen Gesellschaftsstrukturen, Gedankengut und Regimen geprägt worden war, für die Demokratie gewonnen werden? Expert\*innenrunden, die sich ab den späten 1930er-Jahren sowohl in den USA als auch in Großbritannien zusammenfanden und Strategien zur Demokratisierung der Achsenmächte nach Kriegsende entwickelten, definierten politisches Wissen um die Demokratie und demokratische Praktiken dahingehend als entscheidendes Element. Sie formulierten umfassende Pläne zur „Reeducation“ und „Reorientation“ der österreichischen Bevölkerung,<sup>2</sup> in denen sie es sich zum Ziel machten, vor allem der jungen Bevölkerung die Demokratie, ihre Grundwerte und ihre Grundmechanismen zu vermitteln und somit politisches Wissen in Bewegung zu bringen.<sup>3</sup> Wie sollte diese Wissensbewegung von statten gehen? Welche Hindernisse stellten sich ihr in den Weg? Und was bewegte sich – oder verharrte – wenn das intendierte politische Wissen nicht wie gewünscht in Bewegung kam?

Im vorliegenden Beitrag nähere ich mich diesen Fragen mithilfe des analytischen Konzepts der Wissenszirkulation, dessen viel zitiertes Potenzial in den letzten Jahrzehnten große Resonanz in der wissenschaftlichen Forschung gefunden, das Feld dynamisiert und ihm neue inhaltliche Richtungen gegeben hat.<sup>4</sup> Am Beispiel der Zeitschriften, die von den Jugendorganisationen der im österreichischen

---

2 „Reeducation“ und „Reorientation“ waren zwei der Konzepte, die in der US-amerikanischen Planung zur „Postwar Education“ entwickelt wurden. Diese war sehr umfassend und vielschichtig. Unter „Reeducation“ und „Reorientation“ wurden Bildungs- und Erziehungsstrategien und -maßnahmen verstanden, die die Bevölkerungen der Achsenmächte durch das Erlernen demokratischer Werte und Konzepte von faschistischen Weltanschauungen loslösen sollten. „Reorientation“ setzte in diesem Zusammenhang auf langfristige Zielsetzungen und Maßnahmen. Vgl. Christian Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration. US-Amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Reorientierung österreichischer Wissenschaft 1941–1955*, Wien 2014, 97–98, 138–143, 157–160, 201–209.

3 Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 201–209.

4 Johan Östling/David Larsson Heidenblad, *Fulfilling the Promise of the History of Knowledge. Key Approaches for the 2020s*, in: *Journal for the History of Knowledge* 1/1 (2020), 1–6, 2, DOI: <https://doi.org/10.5334/jhk.24>. Zur Kritik am inflationären Gebrauch des Zirkulationskonzeptes und seinem Potenzial vgl. Stefanie Gänger, *Circulation. Reflections on circularity, entity, and liquidity in the language of global history*, in: *Journal of Global History* 12/3 (2017), 303–318, DOI: <https://doi.org/10.1017/S174002281700016X>.

Nationalrat vertretenen Parteien, der Kommunistischen Partei Österreich (KPÖ), der Sozialistischen Partei Österreich (SPÖ) und der ÖVP, herausgegeben wurden, frage ich nach der (Nicht-)Bewegung politischen Wissens zwischen 1945 und 1955.<sup>5</sup> Die betreffenden Zeitschriften – die *Jugend* (bzw. ab 1946 *Jugend Voran*) der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ, KPÖ), die *Stimme der Jugend* (bzw. ab 1948 *Trotzdem*) der Sozialistischen Jugend (SJ, SPÖ) und der bereits erwähnte *Ruf der Jugend* der ÖJB (ÖVP) – positionierten sich ab ihrer Gründung im November 1945 als Teil des medialen Referenzrahmens, der die demokratische Umerziehung der österreichischen Jugend begleiten und unterstützen sollte.<sup>6</sup> Der westalliierte Umerziehungsplan sah vor, der Jugend neben reformierten Bildungs- und Freizeiteinrichtungen – also hauptsächlich Schulen und Vereinen – auch ein weitgefächertes Sortiment speziell an sie gerichteter Medien bereitzustellen: Das darin angebotene politische Wissen sollte diskutiert und angeeignet werden können.<sup>7</sup> Dieser Vorstellung wollten die politischen Jugendorganisationen, aber auch die Parteien der provisorischen Bundesregierung entsprechen. Der Auftrag, den die Regierungsparteien – SPÖ, ÖVP und KPÖ – anlässlich der von ihnen initiierten Gründung der FÖJ formulierten, lautete also, der Jugend zu ermöglichen, über Parteigrenzen hinweg „an einem neuen demokratischen Österreich mitzubauen“.<sup>8</sup> Die Zeitschriften der Parteijugenden waren und blieben, auch über den Untersuchungszeitraum dieses Artikels hinaus, kleine Medien mit begrenzten Reichweiten. Das ergab sich zunächst aus der materiellen Not. Wegen des vorherrschenden Papiermangels rationierte die Information Service Branch (ISB) der Alliierten die Papiermengen, die sie Medien zur Verfügung stellte. Weiters setzten sich die Leser\*innenschaften der Zeitschriften

---

5 Der vorliegende Artikel baut auf die im Rahmen meiner Masterarbeit durchgeführte Untersuchung ebendieser Zeitschriften auf. Vgl. Florence Klauda, *Demokratie lernen zwischen 1945 und 1971. Parteinaher Jugendzeitschriften als Spiegel des österreichischen Demokratieverständnisses*, unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Wien 2018.

6 Vgl. *Jugend*, 24.11.1945; *Stimme der Jugend*, 13.11.1945; *Ruf der Jugend*, 1.11.1945.

7 Politische Jugendzeitschriften, wie die der Parteijugenden, waren in der westalliierten Planung nicht explizit als solche Medien angeführt, sollten aber diesem Bildungsauftrag entsprechen. Vgl. Johannes Feichtinger, *Die Kulturpolitik der Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich*, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, Wien 1998, 495–529, 500; Michaela Feuerstein-Prasser, *Von der Besatzungspolitik zur Kulturmission. Französische Schul- und Bildungspolitik in Österreich 1945–1955*, unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien 2002, 31–32; Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 145.

8 Die FÖJ war ursprünglich als überparteiliche Jugendorganisation und nicht als KPÖ-Jugend gedacht. Allerdings engagierte sich darin nach der Gründung der weiteren Parteijugenden de facto ausschließlich die kommunistische Jugend. Vgl. Natalia Wächter, *Nachkriegsjugend und verbandliche Jugendarbeit von 1945 bis 1960*, in: dies./Lothar Böhnisch/Leonhard Plakolm (Hg.), *Jugend ermöglichen. Zur Geschichte der Jugendarbeit in Wien*, Wien 2015, 158–170, 158–159; Günther Grabner, *Geschichte der „Freien Österreichischen Jugend“ (FÖJ) als politische Jugendbewegung in Österreich 1945–1969*, unveröffentlichte Dissertation, Paris-Lodron Universität Salzburg 1978, 36.

aus den Mitgliedern der eigenen sowie der konkurrierenden Jugendorganisationen und vereinzelt außenstehenden Abonent\*innen zusammen. Sie bestanden somit nur aus einem kleinen und sehr speziellen – nämlich dem politisch organisierten – Teil der österreichischen Jugend.<sup>9</sup> Herausgeber und Autor\*innen blieben zumeist anonym oder nutzten Pseudonyme. Sie rekrutierten sich aus den jeweiligen Parteijugenden.<sup>10</sup> Dementsprechend waren der Jugendbegriff, den die Parteijugenden in ihren Zeitschriften nutzten, und die Inhalte der Zeitschriften politisch gefärbt. Viele Mitglieder der Parteijugenden der unmittelbaren Nachkriegszeit waren bereits in der Zwischenkriegszeit in politischen Jugenden sozialisiert worden und nun mit Ende 20, Anfang 30 bereits erwachsen. Dennoch verstanden und engagierten sie sich als Teil der Jugend, da sie ihre eigene Jugend als durch den Krieg unterbrochen sahen und diese nachträglich auszuleben gedachten.<sup>11</sup> Die Zeitschriften der Parteijugenden beinhalteten neben Übersichten zu allfälligen Organisationsveranstaltungen niederschwellige Erzählungen und Unterhaltungsangebote, die jüngere Leser\*innen ansprechen sollten, aber auch anspruchsvollere Texte und Kommentare zum (welt-)politischen Geschehen für ältere Leser\*innen.<sup>12</sup>

Ob und wie politisches Wissen in den Zeitschriften der Parteijugenden zirkulierte, diskutiere ich entlang der Ergebnisse der historischen Inhaltsanalyse ihrer zwischen 1945 und 1955 erschienenen Ausgaben<sup>13</sup> und entlang einer nach George Johnson und Mark Lakoff durchgeführten Metaphernanalyse gezielt ausgewählter Inhalte der Zeitschriften. Johnson und Lakoff zeigen in ihren Arbeiten zum Zustandekommen und Gebrauch von Sprachbildern, dass deren Veränderung im allgemeinen Sprachgebrauch das Potenzial birgt, greifbaren gesellschaftlichen Wandel nicht nur abzubilden, sondern auch anzustoßen.<sup>14</sup> Allerdings weisen sie auch auf die Beharrlichkeit etablierter Sprach- und Denkformen hin, die die Erneuerung von Realitätsentwürfen verkomplizieren und sich ihr oftmals dort in den Weg stellen, wo sprachliche Anpassungen nicht durch tatsächliche Änderungen gesellschaftlicher Praktiken begleitet werden.<sup>15</sup> Ziel meines Artikels ist es somit, durch die Analyse der Textproduktionen der Parteijugenden zu zeigen, dass in ihren Medien eine produktive Auseinanderset-

---

9 Genaue Informationen zu den Auflagenzahlen der Zeitschriften sind nicht vorhanden. Vgl. Marie-luise Doppelreiter, Orientierung zwischen Schutt und Asche. Strategische Kommunikation in den Jugendzeitschriften der unmittelbaren Nachkriegszeit. 1945–1948, Wien 1995, 46–47; Klauda, Demokratie lernen, 2018, 15–20.

10 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 15–20, 138–144.

11 Jugend, 24.11.1945, 3; Klauda, Demokratie lernen, 2018, 17.

12 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 15–20.

13 Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2015; Philipp Mayring/Silke Birgitta Gahleitner, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Karin Bock (Hg.), Handbuch qualitative Methoden in der sozialen Arbeit, Opladen 2010, 295–304.

14 George Lakoff/Mark Johnson, Metaphors we live by, Chicago 2007, 11–14, 164.

15 Ebd.

zung mit vorhandenen demokratiepolitischen Wissensbeständen und eine fortlaufende Diskussion über das Wesen der Demokratie stattfanden. Nach Johann Östling und David Larsson Heidenblad betrachte ich die Zeitschriften der Parteijugenden dahingehend als „Plattform“ oder „public arena of knowledge circulation“, in der die Zirkulation politischen Wissens und Interaktionen zwischen Wissensakteur\*innen stattfanden und nachgezeichnet werden können.<sup>16</sup> Die Zeitschriften trugen zur Prägung der jeweiligen Selbstverständnisse der Parteijugenden und ihrer Demokratie- und Gesellschaftskonzepte bei. Sie dienten zudem als Kommunikationsorgane, über die die politisch organisierte Jugend mit der weiteren Gesellschaft in Austausch trat. Trotz ihrer beschränkten Reichweite können sie somit in Östlings und Heidenblads Sinn als Arena einer Teilöffentlichkeit verstanden werden, die zur öffentlichen Zirkulation politischen Wissens beitrug. Wie politisches Wissen – und welches genau – in dieser Arena rezipiert, verworfen, generiert, modifiziert und bewegt wurde, war dabei durch ihre Akteur\*innen und die Beschaffenheit der Zeitschriften bedingt.<sup>17</sup>

### Ein (linearer) Wissenstransfer am Beginn der Zirkulation?

Das westalliierte Demokratisierungsvorhaben für Österreich und Deutschland war, so wie es von US-amerikanischen und britischen Expert\*innengruppen formuliert worden war, umfassend in seinem Anspruch. Es zielte darauf ab, die faschistisch geprägten Gesellschaften der Achsenmächte langfristig umzugestalten, damit die Demokratie in ihnen Fuß fassen und nachhaltig verankert werden würde. Zwei zentrale Fragen dominierten die Planungen der westalliierten Expert\*innen: Welche Voraussetzungen mussten geschaffen und welche Schritte gesetzt werden, um politisches Wissen über den Wert und die Abläufe der Demokratie festzuschreiben? Wie konnte eine fortlaufende Auseinandersetzung mit diesem politischen Wissen so angestoßen werden, dass der politische Wissensbestand im Laufe der Zeit und den Umständen entsprechend angepasst und weiterentwickelt würde?<sup>18</sup> Die erste Frage lässt sich auf Anliegen des Konzeptes des Wissenstransfers beziehen, die danach fragt wie „ein Wissensbestand erfolgreich an einen neuen Ort gebracht“ wird.<sup>19</sup> Die

---

16 Johan Östling, Circulation, Arenas, and the Quest for Public Knowledge. *Historiographical Currents and Analytical Frameworks*, in: *History and Theory* 59/4 (2020), 111–126, DOI: <https://doi.org/10.1111/hith.12184>; Östling/Larsson Heidenblad, *Fulfilling the Promise*, (2020), 3.

17 Östling, *Circulation, Arenas, and the Quest for Public Knowledge*, (2020), 124.

18 Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 201–209.

19 Katharina Kreuder-Sonnen, *Als Ameise durch die transnationale Geschichte gehen. Überlegungen zu jeux d'échelles und Akteur-Netzwerk-Theorie in einer Geschichte transnationalen Wissenstransfers*, in: Marian Füssel/Tim Neu (Hg.), *Akteur-Netzwerk-Theorie und Geschichtswissenschaft*, Paderborn 2021, 169–194, 180.

zweite Frage fokussiert auf das Generieren von Dynamiken der fortlaufenden Wissenserneuerung und -aktualisierung und ihre Prozesshaftigkeit; sie lässt sich also über den durch das Konzept der Wissenszirkulation geprägten Ansatz zu Wissensbewegungen analysieren, wie er etwa von Östling et al. beschrieben wird.<sup>20</sup>

Wesentliche Bedeutung kommt im Verlauf von Wissenstransfers den Interaktionen zwischen Sender\*innen und Empfänger\*innen, den zwischen ihnen bestehenden Hierarchien und Machtverhältnissen sowie den lokalen Gegebenheiten auf Empfängerseite zu.<sup>21</sup> All diesen Elementen trugen die westalliierten Expert\*innen in ihrer Formulierung der Demokratisierungsstrategien Rechnung. Das strategische Vorgehen der Alliierten sollte einem Dreischritt folgen, in dem die zwei ersten und parallellaufenden Schritte den Abbau „autoritärer“ Strukturen und die konsequente Entnazifizierung der Gesellschaft darstellen würden. Darauf aufbauend sah der dritte Schritt das Setzen konkreter und langfristig gedachter Maßnahmen erzieherischer, schulender und gesellschaftsgestaltender Natur vor, die demokratische Strukturen und Abläufe in der Gesellschaft schaffen würden.<sup>22</sup> Punktuelle Maßnahmen allein werteten sie hingegen aufgrund der weit zurückgehenden „autoritären“ und explizit faschistischen Prägung der Achsenmächte als aussichtslos. Sie wären zu kurz gegriffen, würden keinen nachhaltigen Wandel herbeiführen und könnten auch nicht den Anstoß für die weitere Zirkulation des politischen Wissens geben, die die Westalliierten letztlich anstrebten.<sup>23</sup> Der Jugend im Speziellen sollte also ein umgestaltetes, demokratisch ausgerichtetes Schulsystem geschaffen werden. Der Lehrkörper dieses neuen Systems würde gründlich entnazifiziert werden und seine Pädagog\*innen von westalliiertem, qualifiziertem Personal angelernt, geleitet und kontrolliert. Mithilfe inklusiver und partizipativer Lehrformate würden sie den Schüler\*innen die Demokratie erklären und ihre Prozesse gemeinsam mit ihnen praktizieren und einüben. Der Alltag demokratischer Praktiken sollte dazu beitragen, das theoretisch vermittelte Wissen anwendbar zu machen, damit es im weiteren Verlauf auf demokratischem Wege diskutiert, ergänzt, hinterfragt und erneuert werden könnte. Zusätzlich sahen die Pläne die Gestaltung von Freizeitangeboten vor, die ebenfalls einen Raum für das Erlernen und Leben eines demokratischen Miteinanders bieten sollten. Zu ihnen sollten sowohl verschiedenste Jugendorgani-

---

20 Johan Östling/David Larsson Heidenbald/Erling Sandmo/Anna Nilsson Hammar/Kari Nordberg, *The History of Knowledge and the Circulation of Knowledge. An Introduction*, in: dies. (Hg.), *Circulation of Knowledge. Explorations in the History of Knowledge*, Lund 2018, 9–33.

21 Katharina Kreuder-Sonnen, *Wie die Mikroben nach Warschau kamen. Wissenstransfer in der Bakteriologie in den 1880er Jahren*, in: *Naturwissenschaften, Technik und Medizin* 20/3 (2012), 157–180, 159.

22 Michael Schönberg, *Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1959. Dokumentation*, unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien 1975, 1.

23 Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 203–205.

sationen und Vereine als auch Medien zählen, die sich dezidiert an die Jugend richteten oder gar von oder mit ihr gestaltet werden würden.<sup>24</sup> Die Zeitschriften der Partijugendlichen verorteten sich selbst als Teil dieses von den Westalliierten angedachten medialen Referenzrahmens für die Jugend.<sup>25</sup> Interaktionen zwischen der Bevölkerung der Achsenmächte und westalliierten Träger\*innen des politischen Wissens, das für die Errichtung eines demokratischen Staatwesens und einer demokratischen Gesellschaft benötigt werde, sollten also gefördert werden. Die Voraussetzungen für diese Interaktionen und ihren Erfolg zu schaffen, stellte die oberste Priorität der westalliierten Pläne dar. Das Ungleichgewicht im Machtverhältnis zwischen Westalliierten und Achsenmächten, von dem nach dem Sieg der Alliierten ausgegangen wurde, würde den Westalliierten die Anleitung der gesellschaftlichen Umgestaltungen und ihre Kontrolle ermöglichen. So wollten sie also eine Wissenszirkulation anstoßen, die auf einem anfänglichen, linear gedachten Wissenstransfer von den westalliierten Trägern des demokratiepolitischen Wissens an die Bevölkerung der Achsenmächte aufbauen und nach dem Abzug der Alliierten eigenständig weiterlaufen würde.

In der Praxis ergaben sich aus den Gegebenheiten im Österreich der unmittelbaren Nachkriegszeit und den weltpolitischen Verhältnissen allerdings Umstände, die sich der reibungslosen Umsetzung der westalliierten Pläne in den Weg stellten. Besonders die materielle und wirtschaftliche Notlage und der beginnende Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion werden in der zeithistorischen Forschung bislang als Erklärungselemente für die nach Kriegsende veränderten Prioritäten auf Seiten der Westalliierten angeführt. Sie sahen die Stabilisierung der Wirtschaft und den raschen Aufbau selbständiger Staatsstrukturen als essenziell, um dem Einflussgewinn der Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Dementsprechend war ihr effektiver Zugang zur Demokratisierung der österreichischen Gesellschaft 1945 von Pragmatismus geprägt.<sup>26</sup> Im Bereich der Schulen blieb etwa die vollständige Neugestaltung der Institution, im Sinne einer partizipativen, den demokratischen Grundwerten entsprechenden Unterrichts- und Schulalltagsgestaltung, des Abbaus autoritärer Strukturen und der rigorosen Entnazifizierung des Lehrpersonals größtenteils aus. Das Alliierte Kontrollabkommen forderte diese Schritte weiterhin und auch die österreichische Bundesregierung hatte sich zu ihrer Einhaltung und Umsetzung

---

24 Doppelreiter, *Orientierung zwischen Schutt und Asche*, 1995, 45.

25 *Jugend*, 24.11.1945; *Stimme der Jugend*, 13.11.1945; *Ruf der Jugend*, 1.11.1945; Grabner, *Geschichte der FÖJ*, 1978, 30–37; Sepp Riegler, *20 Jahre Jung. Österreichische Jugendbewegung 1945–1965*, Wien 1965, 7; Wächter, *Nachkriegsjugend*, 2015, 157–159.

26 Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik 1945–2015*, Wien 2015, 101; Oliver Rathkolb, *Die Zweite Republik (seit 1945)*, in: Thomas Winkelbauer (Hg.), *Geschichte Österreichs*, Stuttgart 2016, 525–594, 525–526, 531–534.

verpflichtet.<sup>27</sup> Nichtsdestotrotz griffen die Westalliierten und die österreichischen Akteur\*innen letztlich aus Zeit-, Kosten- und Personalgründen auf die bereits vorhandenen Strukturen zurück, bauten diese geringfügig angepasst wieder auf und nahmen sie mit zum Teil höchst ungeeignetem Personal erneut in Betrieb.<sup>28</sup>

Auch die militärische Prägung der westalliierten Verwaltungsorgane war der Priorisierung der im westalliierten Demokratisierungsbestreben formulierten Umerziehungsgagenden und des Wissenstransfers nicht förderlich. Tatsächlich waren jene Akteur\*innen aus Politik und Wissenschaft, die das Demokratisierungsvorhaben der Westalliierten theoretisiert hatten, nicht oder nur marginal an seiner Umsetzung beteiligt. Die westalliierten Planungsstäbe definierten die Reorientierungsmaßnahmen als Teil der Ziele, die es im Zuge der militärischen Verwaltung Österreichs zu erreichen galt, blieben aber in der Ausformulierung von Zuständigkeiten und von konkret zu setzenden Schritten weitgehend unspezifisch. Es fehlten auch die Mittel, fachlich kompetente Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft zu mobilisieren, die einen Transfer demokratiepolitischen Wissens im Bereich der Bildung und der Freizeitgestaltung anleiten und begleiten hätten können. Die „Education Branch“, bzw. ab Juli 1946 „Education Division“, supervisierte die Schulbuch-, Buch-, und Medienproduktion für Jugendliche und plante auch einen Schüler-Rundfunk anzubieten. Sie hatte allerdings keine Kapazitäten, ein dichtes mediales Netz aufzubauen, oder die inhaltliche Gestaltung der Medien durchgehend genau vorzugeben und zu prüfen.<sup>29</sup> Initiativen, wie die der Zeitschriftengründung von Seiten der Parteijugenden, waren dementsprechend einerseits willkommen, da sie die Bringschuld der Westalliierten für den Aufbau des medialen demokratischen Referenzrahmens minderten. Andererseits verringerten sie, aufgrund der Unmöglichkeit in der vorgestellten Weise in ihre inhaltliche Ausrichtung einzugreifen, die Handhabe der Westalliierten über die Art und Weise, wie demokratiepolitisches Wissen in diesem Referenzrahmen verstanden, geprägt und bewegt wurde. Mit der ISB gab es im alliierten Verwaltungsapparat eine Stelle, die für die inhaltliche Prüfung von Medien und gegebenenfalls für die Entfernung nationalsozialistischen und demokratiegefährdenden Gedankenguts zuständig war. Allerdings waren auch die Kapazitäten der ISB beschränkt, weshalb sie keine kontinuierliche Prüfung aller Medien gewährleisten konnte. Dementsprechend ist anzunehmen, dass kleinere Zeitschriften mit begrenzten Reichweiten wie die Zeitschriften der Parteijugenden teilweise unter ihrem Radar agierten. Einzig das Verbot der *Stimme der Jugend* im Oktober 1948, das der SJ zufolge auf ihre Kritik der sowjetischen Verwaltungsinstanzen zurückzu-

---

27 Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 270.

28 Ebd., 212.

29 Ebd., 211, 271.



führen gewesen sei, deutet auf die tatsächliche inhaltliche Prüfung dieser Medien hin.<sup>30</sup> Die Zeitschrift der SJ wurde nach diesem Eingriff bereits im November 1948 unter dem neuen programmatischen Namen *Trotzdem* weitergeführt.<sup>31</sup> Insgesamt setzten die westalliierten Akteur\*innen vor Ort also – entgegen der Empfehlungen ihrer Expert\*innenkommissionen, die inklusive und partizipative Formate moniert hatten, – „primär auf Verbote und strikte militärische Kontrolle“, also auf eine autoritäre Durchsetzung ihrer Demokratisierungs- und Wiederaufbauagenden.<sup>32</sup> Diese Vorgehensweise enttäuschte die Erwartungen der Parteilugenden, die die Ankündigungen der Westalliierten in Bezug auf ihre Demokratisierungspläne während der Kriegsjahre zumindest teilweise, etwa über westalliierte Radiobeiträge, rezipiert hatten. Deren Auseinandersetzung mit der Demokratie war folglich zum Teil auch von Ressentiments gegen westalliierte, aber auch österreichische Akteur\*innen, die ihre angekündigten Beiträge zur Demokratisierung des Landes nicht in der erwarteten Form leisteten, geprägt.<sup>33</sup>

In der Formulierung ihres Demokratisierungsvorhabens für die Nachkriegszeit waren die Westalliierten demnach aufgrund der hegemonialen Stellung, die ihnen der Kriegsgewinn verschaffen würde, davon ausgegangen, dass sie ausreichend handlungsmächtig sein würden, um einen linearen Transfer demokratiepolitischen Wissens erfolgreich durchzuführen. Die Möglichkeit von Eigendynamiken in der Wissensbewegung räumten sie zunächst nicht ein. Tatsächlich strebten sie deren Anstoß auch erst für die Zeit nach ihrem Abzug aus den Achsenmächten an. Dass sie die Handlungsmacht lokaler Akteur\*innen nicht ausreichend bedacht oder zumindest unterschätzt hatten, wird besonders dort sichtbar, wo den Westalliierten aufgrund der materiellen und personellen Mängel der unmittelbaren Nachkriegszeit die Mittel fehlten, in die entstehenden Dynamiken einzugreifen.

## Was ist Demokratie? Eigenständige Verhandlungen der Parteilugenden

Was also geschah dort, wo den Westalliierten die Handhabe über die Bewegungen politischen Wissens fehlte und wo lokale Akteur\*innen handlungsmächtig wurden? Die inhaltliche Analyse der ersten Ausgaben ihrer Zeitschriften zeigt, dass die Parteilugenden angesichts des Ausbleibens der erwarteten westalliierten Initiativen zum Teil selbst Diskussionen demokratiepolitischer Themen und Gesellschaftsentwürfe initiierten.

---

30 Klauda, *Demokratie lernen*, 2018, 18; *Trotzdem*, 6.11.1948, 8–9.

31 *Trotzdem*, 6.11.1948.

32 Stifter, *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration*, 2014, 212.

33 Vgl. *SdJ*, 20.11.1945, 1.

Die Auseinandersetzung damit, was eine Demokratie in Europa nach 1945 ausmachen musste, wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit europaweit überwiegend lokal geführt. Martin Conway zeigt, dass das Fußfassen der Demokratie nach Ende des Zweiten Weltkrieges keineswegs selbstverständlich war. Er sieht das Zusammenwirken der Alliierten, die erfolgreichen Neuerrichtungen von Nationalstaaten, den sukzessiven Abbau konkurrierender, informellerer politischer Strukturen und die Rückkehr zu einem auf Parteien aufbauenden System der politischen Repräsentation als die Elemente, die zur erfolgreichen Demokratisierung Europas führten.<sup>34</sup> Die Beiträge lokaler Akteur\*innen waren in diesem Prozess demnach nicht zu vernachlässigen. Conway unterstreicht allerdings ebenfalls, dass die verbalen Bekenntnisse zur Demokratie von Seiten mancher konservativ ausgerichteter, lokaler Akteur\*innen teils überhöht und strategisch waren. Solche Bekenntnisse versprachen schließlich ein besseres Auskommen mit den westalliierten Instanzen.<sup>35</sup> Nichtsdestotrotz forderten sie auch die Diskussion dessen ein, was unter den Begriffen und Konzepten der Demokratie verstanden wurde. Diese Diskussion führten die österreichischen Parteijugenden in ihren Zeitschriften.

In ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung ähnelten sich die ersten Ausgaben der *Jugend*, der *Stimme der Jugend* und der *Ruf der Jugend* stark: Sie griffen Themen auf, die die Jugend in der unmittelbaren Nachkriegszeit besonders betrafen. Der Wiederaufbau sowohl der Gesellschaft im Allgemeinen als auch des Bildungssystems, die Bedeutung der Demokratie, mit der sie in unterschiedlichem Ausmaß Hoffnungen, Verantwortungen und Erwartungen verbanden, und die bevorstehenden Nationalratswahlen füllten die Seiten der im November 1945 erschienenen Zeitschriften. Zwei Fragen schienen in den meisten Beiträgen durch: Welchen Raum würde die Jugend im neuen, demokratischen Österreich einnehmen? Was bedeutete Demokratie, wie sie von den Westalliierten verstanden wurde, und wie würde sie etabliert werden?<sup>36</sup> Insbesondere in den Beiträgen zur Schule und deren Wiederaufbau wird deutlich, dass die politisch engagierte Jugend, die diese Zeitschriften produzierte, klare Vorstellungen vom Demokratisierungsvorhaben der Westalliierten und von ihren Plänen für das Bildungssystem hatte. So schrieb die FÖJ im Artikel *Die neue Schule* vom dringend erforderlichen materiellen Wiederaufbau der Schulen und forderte zugleich ihre curriculare Erneuerung, mit der – wie es auch die Westalliierten in Aussicht gestellt hatten – die Erneuerung des Lehrkörpers und eine neue ideelle Ausrichtung der kommunizierten Werte einhergehen müsse. Indoktrinierung, wie sie im Faschismus über die Schulen stattgefunden hatte, sollte an diesen in der

---

34 Martin Conway, *Western Europe's Democratic Age, 1945–1968*, Princeton 2020, 29.

35 Ebd., 34–35.

36 *Jugend*, 24.11.1945; *Jugend*, 20.12.1945; *Stimme der Jugend*, 13.11.1945; *Stimme der Jugend*, 20.11.1945; *Ruf der Jugend*, 1.11.1945; *Ruf der Jugend*, 8.12.1945.

Nachkriegszeit keinen Platz mehr haben. Stattdessen sollten sie zu Räumen werden, in denen das Miteinander in den Vordergrund gestellt werden würde:

„Sie [die Schule] braucht einen neuen Geist und neue Ziele, neue Lehrbücher und neue Lehrer und nicht zuletzt auch neue Schüler. Die Schule muß wieder eine Lehranstalt werden, in der gelernt und nicht Propaganda getrieben wird, die ernste Arbeit muß über die hohle Phrase siegen, der Ungeist der letzten Jahre, der für Krieg und Zerstörung schwärmte, der Härte und Brutalität als heldenhafte Kraft und Stärke pries, muß einem Geist der Menschenachtung und der Menschenliebe weichen, das Heldentum der schlichten Arbeit und ernstesten Pflichterfüllung muß triumphieren über jenes falsche Heldentum der Faust und der Gewalt.“<sup>37</sup>

Auch die ÖJB fordert in ihren Beiträgen, dass der Jugend Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in reformierten Schulen geboten würden.<sup>38</sup> In der *Stimme der Jugend* (SJ) hieß es unterdessen vorwurfsvoller:

„Man spricht viel von Umerziehung der Jugend. Wir alle waren sehr neugierig, wie die von Radio London jahrelang angekündigte Umerziehung sein würde. Wir haben noch nichts davon gesehen, außer daß es in einer Stadt wie Wien bereits bezirksweise verschiedene Lehrpläne gibt. Wir fragen auch, wer sie durchführen sollte?“<sup>39</sup>

Dieses Zitat verdeutlicht, dass die Westalliierten ihr Demokratisierungsvorhaben noch während der Kriegsjahre an die Bevölkerung der Achsenmächte kommuniziert hatten und dass dies auch die Mitglieder der Parteijugenden erreicht hatte. Die SJ stellte in diesem Beitrag fest, dass die angekündigten Schritte im November 1945 noch nicht gesetzt wurden. Sie kritisierte die mangelnde Priorisierung der Umerziehungsgagenden seitens der Westalliierten und zeigte mit der Frage danach, wer sie abwickeln solle, den Mangel geeigneten Personals auf Seiten der Alliierten wie des österreichischen Bildungssystems auf. Parteiübergreifend bemängelte die politisch aktive Jugend somit, dass die Weitergabe politischen Wissens zur Demokratie, also der am Anfang des Demokratisierungsvorhabens stehende Wissenstransfer, und der Wiederaufbau an den Schulen nicht in der Form stattfanden, wie sie angekündigt worden waren. Zugleich zeigen die Beiträge, dass die Auseinandersetzung mit der Demokratie den Parteijugenden ein Anliegen war.

---

37 Jugend, 24.11.1945, 7.

38 Ruf der Jugend, 1.11.1945, 3.

39 Stimme der Jugend, 20.11.1945, 1.

Tatsächlich versuchten die Parteijugenden sich die Demokratie in ihren ersten Ausgaben eigenständig zu erschließen und Definitionen anzubieten. Die Bedeutungen, die sie der Demokratie beimaßen, unterschieden sich an dieser Stelle bereits deutlich. Die FÖJ betonte in ihren Artikeln vor allem die Grundgedanken des Miteinanders und des Austausches, sowie die demokratischen Prozesse der Entscheidungs- und der Kompromissfindung, die auch in ihren Freizeitaktivitäten Anwendung fanden.<sup>40</sup> Sie entsprach damit zum einen dem von der provisorischen Bundesregierung an sie gerichteten Auftrag, sich als inklusive und überparteiliche Jugendorganisation zu positionieren, die einem politischen Bildungsauftrag nachkommen sollte. Zum anderen näherte sie sich damit am ehesten dem Demokratieverständnis an, das die Westalliierten in Österreich prägen wollten. Der gemeinschaftliche Zugang war darüber hinaus auch einer, der im Einklang mit den kommunistischen Grundwerten stand, die von der KPÖ und ihrer Jugend – die de facto den Mitgliederstamm der FÖJ bildeten – vertreten wurden.<sup>41</sup> Die ÖJB versuchte sich im Artikel *Ein oft gelesenes Wort: Demokratie* unterdessen folgendermaßen an einer Definition des Konzeptes: „Demokratie ist der Zustand der gleichen Chancen des einzelnen Menschen. Demokratie resultiert aus der freien Entfaltung der Einzelpersönlichkeiten, des Individuums.“<sup>42</sup> Damit vertrat die ÖJB im Gegensatz zur FÖJ einen Zugang, der Individualismus und Chancengleichheit in den Vordergrund stellte und die politischen Aushandlungsprozesse, die für deren Zustandekommen notwendig waren, nur wenig reflektierte. Die Sozialistische Jugend wiederum wagte in ihren ersten Heften keinen eigenen Definitionsversuch, polemisierte in erster Linie gegen ÖJB und ÖVP, in dem sie diese der Käuflichkeit und des Faschismus beschuldigte, und nutzte insgesamt eine Rhetorik, die an den Ton und Stil der Wahlkämpfe der Zwischenkriegszeit erinnert.<sup>43</sup> Darüber hinaus forderten sowohl die ÖJB als auch die SJ verschiedene Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten für die Jugend ein und positionierten sich ideologisch den jeweiligen Parteitraditionen entsprechend.<sup>44</sup>

Die Jugendorganisationen der im österreichischen Nationalrat vertretenen politischen Parteien brachten in den 1945 erschienenen ersten Ausgaben ihrer Zeitschriften folglich die Hoffnungen und Erwartungen, die sie mit der Errichtung eines demokratischen Staatswesens verknüpften, sowie ihren politischen Tatendrang zum Ausdruck. In ihrer Auseinandersetzung mit dem Konzept der Demokratie und mit demokratischen Werten verwiesen sie einerseits auf die westalliierten Anschauun-

---

40 Jugend, 20.12.1945, 4–5.

41 Grabner, Geschichte der FÖJ, 1978, 30–37.

42 Ruf der Jugend, 1.11.1945, 1.

43 Stimme der Jugend, 13.11.1945, 3; Stimme der Jugend, 20.11.1945, 1.

44 Ruf der Jugend, 1.11.1945; Ruf der Jugend, 8.12.1945; Stimme der Jugend, 13.11.1945; Stimme der Jugend, 20.11.1945.

gen und Pläne, die sie während des Krieges beispielweise über Radiosendungen rezipiert hatten. In Ermangelung eines reformierten politischen Bildungsangebots, der von ihnen ersehnten gesellschaftspolitischen Beteiligungsmöglichkeiten und der Anleitung und Kontrolle ihrer Publikationen durch westalliierte Akteur\*innen verhandelten sie ihre Demokratieverständnisse in den Zeitschriften andererseits durch Rückgriffe auf die traditionellen Ideologien ihrer jeweiligen Parteien.

## Alte Ideologien im neuen Kleid: Die Prägung einer demokratischen Rhetorik

Da den Westalliierten die Handlungsmacht fehlte, den linearen Transfer demokratiepolitischen Wissens ihren Vorstellungen entsprechend umzusetzen, folgte die Auseinandersetzung der Parteijugenden mit der Demokratie einer eigenen Dynamik. Die Metapheranalyse ausgewählter Ausgaben der Zeitschriften zwischen 1945 und 1955 zeigt, dass die Parteijugenden demokratiepolitischen Begriffen abweichende und sich weiterentwickelnde Bedeutungen zuwiesen, die mit ihren jeweiligen Parteilinien korrespondierten. Ihre Zeitschriften bilden somit die Wissenszirkulation, an der die Parteijugenden teilhatten, und die demokratische Rhetorik, die sie prägten, ab.

Bereits ab 1946 finden sich keine expliziten Diskussionen der Demokratie, ihrer Grundprinzipien und Praktiken, wie sie noch in den gesonderten Beiträgen der November-Ausgaben des Jahres 1945 geführt wurden, in den Zeitschriften der Parteijugenden. An ihre Stelle traten vermehrt polemisierende Beiträge, in denen die Autor\*innen die eigenen politischen Ansichten hauptsächlich in Abgrenzung zu jenen der anderen Parteien oder durch den Rückbezug auf die früheren politischen Ideologien ihrer übergeordneten Parteien definierten. Die inhaltliche Zusammensetzung der Zeitschriften veränderte sich zwischen 1945 und 1955 mehrfach. Zu ihren Inhalten zählten stets, aber in variierenden Umfängen, Unterhaltungsangebote in Form von Erzählungen, Gedichten, Spielen und Comics, Sport- und Kulturseiten, Überblicke über die Aktivitäten und Engagements der jeweiligen Parteijugenden und Beiträge zum (welt-)politischen und wirtschaftlichen Tagesgeschehen.<sup>45</sup> Sowohl in diesen Inhalten als auch in den Artikeln, in denen sich die Parteijugenden explizit mit politischen Ereignissen befassten, wird sichtbar, wie sich demokratiepolitisches Wissen in der Arena, die durch diese Zeitschriften konstituiert wurde, bewegte: Die im Sprachgebrauch der Parteijugenden gängigen Metaphern wandelten sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums nach und nach. Sie bildeten dement-

---

45 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 16–20.

sprechend ab, welche Bedeutungen die Parteijugenden unterschiedlichen demokratischen Konzepten und Begriffen zuwies und inwiefern ihre jeweiligen Demokratieverständnisse voneinander abwichen.<sup>46</sup>

Zwischen 1946 und dem Ende der alliierten Verwaltung Österreichs 1955 bewegten vier politische Ereignisse die Parteijugenden erneut dazu, sich in eigens diesen Themen gewidmeten Beiträgen explizit mit der Frage der Demokratie und mit dieser verbundenen Werten zu befassen: Die Gründung des Verbands der Unabhängigen (VdU),<sup>47</sup> der Partei der ehemaligen Nationalsozialist\*innen, im Frühjahr 1949; sein erster Antritt bei den Nationalratswahlen vom 9. Oktober 1949 als Wahlverbund der Unabhängigen (WdU) und die Unterzeichnungen des Staatsvertrags und der Neutralitätserklärung 1955.<sup>48</sup> Die Auseinandersetzung mit der Bedeutung der Demokratie wurde in den Beiträgen zu diesen Geschehnissen meist in einem oberflächlichen, aber stark polemisierenden Ton geführt. Die ÖJB formulierte 1949 etwa den Vorwurf, dass die Gründung des VdU von den antidemokratischen politischen Gegner\*innen der ÖVP, zu denen sie auch die sowjetischen Entscheidungsträger\*innen zählte, nur unterstützt würde, um die ÖVP zu schwächen.<sup>49</sup> Die politische Problematik einer neuerlichen Parteigründung des rechten Lagers im demokratischen Nachkriegsösterreich beschäftigte die ÖJB an dieser Stelle weniger als das parteipolitische Konkurrenzdenken und der vermeintliche Opportunismus der Alliierten und der politischen Kontrahenten.<sup>50</sup> In der *Trotzdem* verfasste die SJ Beiträge, die die „Sorte von Leuten“ charakterisierten, die „sich zum VdU zählt“. Dabei handelte es sich der SJ zufolge hauptsächlich um ehemalige Nationalsozialist\*innen, aber auch um Teile der ÖVP-Wähler\*innenschaft, die ohnehin kapitalistisch und somit antidemokratisch gesinnt sei.<sup>51</sup> In anderen Artikeln wies die SJ auch explizit auf die antidemokratischen und faschistisch anmutenden Werte und Themen hin, mit denen der VdU um seine Wähler\*innen warb.<sup>52</sup> In der *Jugend Voran* lösten die Gründung des VdU und sein Wahlantritt im Vorfeld der Nationalratswahlen kaum Reaktionen aus. Nach den Wahlen hielt die FÖJ lediglich fest, dass „neben der schwarzen [...] jetzt auch die braune Reaktion im Parlament“ säße. Damit verlieh sie ihrer Ablehnung der konservativen ÖVP, deren Parteifarbe Schwarz war, und des VdU als Partei der ehemaligen Nationalsozialist\*innen, deren Farbe Braun war, Ausdruck. Die SPÖ und die SJ, denen die FÖJ „Hetze gegen

---

46 Lakoff/Johnson, *Metaphors we live by*, 2007, 164.

47 Der VdU war die Vorläuferorganisation der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ).

48 Kluda, *Demokratie lernen*, 2018, 27–29, 53–54, 63–64.

49 *Ruf der Jugend*, 17.9.1945, 1.

50 Ebd.

51 *Trotzdem*, 10.9.1949, 2.

52 Ebd., 5.

Kommunismus und Volksdemokratie“ vorwarf, hätten die Wahlerfolge dieser beiden Parteien verschuldet.<sup>53</sup> 1955 stellten sowohl die Unterzeichnung des Staatsvertrags, der Abzug der Alliierten und die Neutralitätserklärung nur Randnotizen in den Zeitschriften der ÖJB und der SJ dar. In der *Wir*, die den *RdJ* als Zeitschrift des ÖJB abgelöst hatte, inszenierte die ÖJB den Beschluss zur Neutralität als Bestätigung eines „altbekannten“, aber nicht näher definierten österreichischen und demokratischen Selbstverständnisses.<sup>54</sup> In der *Trotzdem* hinterfragte die SJ unterdessen die Auslegung der Neutralität durch die Bundesregierung und ihre Vereinbarkeit mit einer demokratischen Haltung in internationalen Beziehungen. Sie verurteilte beispielsweise die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Österreichs mit Spanien, die sie mit der Neutralität in Verbindung brachte: „Unsere freie, demokratische Republik schüttelt die blutbefleckten Hände des Faschistengenerals. Es ist eine Schande. [...] Vielleicht macht die neutrale Stellung Österreichs diese Entwicklung unvermeidbar.“<sup>55</sup> Neutralität setzte sie in diesem Zusammenhang mit „Nichtintervention“ im Kampf gegen den Faschismus gleich, durch die die Kooperation mit dem faschistischen Franco-Regime möglich würde.<sup>56</sup> Die FÖJ griff keines der Ereignisse in der *Jugend Voran* auf. Deutlich wird aus den Beiträgen zu diesen Ereignissen, dass die Parteijugenden die jeweils anderen politischen Fraktionen als antidemokratisch definierten. Faschismus war sowohl für die FÖJ als auch für die SJ und die ÖJB ein klares Antonym der Demokratie. Die FÖJ sah darüber hinaus kapitalistische und sozialistische Werte als antidemokratisch; die SJ kapitalistische und kommunistische, wobei auch die Neutralität und die daraus resultierende Passivität im Kampf gegen den Faschismus für sie ein Problem darstellten. Die ÖJB sah Kommunismus und Sozialismus als weitere im Gegensatz zur Demokratie stehende Weltbilder.

Was aber war für die Parteijugenden demokratisch? Diese Frage beantworten die Ergebnisse der Metaphernanalyse der übrigen Inhalte der Zeitschriften. 1945 war Demokratie für die FÖJ etwa gleichbedeutend mit überparteilicher Zusammenarbeit, politischem Engagement, Handlungsbereitschaft und Wehrhaftigkeit.<sup>57</sup> Das drückte sich in verschiedenen Artikeln und Beiträgen der *Jugend* durch zahlreiche Metaphern aus. Mit Formulierungen wie „Dazu müssen alle Kräfte zusammenhelfen“, „Nur gemeinsame Arbeit aller [...] führt uns den Weg in eine bessere Zukunft!“<sup>58</sup> oder „[...] daß tüchtige Arbeit hier zu leisten, ganz gleich, welche Schule

---

53 *Jugend Voran*, 15.10.1949, 1.

54 Die *Wir* löste den *Ruf der Jugend* ab 1950 als Medium der ÖJB ab. *Wir*, 1.10.1955, 3.

55 *Trotzdem*, 10.10.1955, 17.

56 *Trotzdem*, 10.11.1955, 4.

57 Klaua, *Demokratie lernen*, 2018, 49.

58 *Jugend*, 24.11.1945, 7.

der einzelne besucht, sein großer Anteil am Wiederaufbau des Landes ist“<sup>59</sup> betonte die FÖJ, dass alle Gesellschaftsschichten und politischen Fraktionen einen ernstzunehmenden Beitrag zur Gestaltung der österreichischen Gesellschaft und Demokratie leisten könnten und sollten. Immer wieder rief sie zudem zum gemeinsamen „Kampf gegen den Faschismus“ und zum „Kampf gegen alle mehr oder weniger getarnten, nazistischen und sonstigen faschistischen Volksfeinde“ auf.<sup>60</sup> Neben der Zusammenarbeit, die die FÖJ in allen Bereichen einmahnte, waren Antifaschismus und Antinazismus somit definierende Kernstücke ihres Demokratieverständnisses. Die FÖJ forderte wiederholt den „Kampfe [...] gegen all jene, die sich diesem Aufbauwillen entgegenstellen“,<sup>61</sup> und rief dazu auf, „mit kritischen Augen alles Komende zu betrachten“ und auch „kritisch gegen sich selbst zu sein“.<sup>62</sup> In diesen Forderungen wird sichtbar, dass die Jugendorganisation die allgemeine Wachsamkeit und Verteidigung der Demokratie ebenfalls zu den demokratischen Grundpflichten der Bevölkerung zählte. Bereits 1949 hatte sich das Demokratieverständnis der FÖJ sprachlich so weiterentwickelt, dass sie ideologisch gefärbte Überzeugungen nicht mehr nur als politische Ziele, sondern als unanfechtbare demokratische Grundsätze präsentierte. Der Kapitalismus und seine imperialistischen Ambitionen wurden beispielsweise aufgrund der Gewaltbereitschaft und der Erbarmungslosigkeit, die die FÖJ ihnen zuschrieb, nach wie vor als eindeutig antidemokratisch gewertet. Indem sie das Bild des ‚Krieg bringenden Kapitalismus‘ zeichnete, schrieb die FÖJ diese Überzeugung in ihre Texte ein. Sie behauptete etwa, der Mashall-Plan diene den „Vorbereitungen für den geplanten Anschlag gegen die Sowjetunion und gegen alle Völker“,<sup>63</sup> oder, dass „[d]ie Großkapitalisten, mit den amerikanischen Imperialisten an der Spitze“ bereit seien, „Millionen junger Menschenleben hinzuopfern, um ihre schmutzigen Interessen zu sichern.“<sup>64</sup> Die FÖJ strich somit die Skrupellosigkeit des Kapitalismus und des Imperialismus heraus, die in direktem Gegensatz zum wohlwollenden, demokratischen Miteinander konstruiert wurde. Das Demokratieverständnis der FÖJ, das 1955 in der *Jugend Voran* sichtbar wurde, unterschied sich in dieser Hinsicht kaum von dem des Jahres 1949. Einzig das Postulat, dass die Regierungsparteien antidemokratisch seien, kam, aufgrund ihres vermeintlich mangelnden Interesses an der politischen Zusammenarbeit mit der KPÖ, noch deutlicher zur Sprache als zuvor.<sup>65</sup>

---

59 Ebd.

60 Ebd., 2.

61 Ebd., 3.

62 Ebd., 7.

63 *Jugend Voran*, 17.9.1949, 3.

64 Ebd.

65 Ebd., 3, 4, 6.



Nach denselben Mechanismen entwickelten sich zwischen 1945 und 1946 auch die Demokratieverständnisse der SJ und der ÖJB, wobei diese bereits 1945 den demokratischen Charakter der übrigen Parteien negierten.<sup>66</sup> Für die SJ ebenso wie für die FÖJ bedeutete Demokratie politisches Engagement und Teilhabe, Wehrhaftigkeit, aber auch Friedenssicherung und Jugendförderung.<sup>67</sup> Die ÖJB stimmte bezüglich des politischen Engagements und der zentralen Rolle der Jugendförderung in ihrem Demokratieverständnis mit den anderen Jugendorganisationen überein, definierte allerdings auch individualistische und christliche Werte, die sie meist inhaltlich verknüpfte, als wesentliche demokratische Merkmale. Besonders der „Charakter“ war in diesem Zusammenhang ein wiederkehrender Begriff. Dieser resultierte der ÖJB zufolge „aus der freien Entfaltung der Einzelpersönlichkeit“.<sup>68</sup> Sie argumentierte weiter, dass es „in der Jugenderziehung um eine charakterliche Bildung“<sup>69</sup> ginge und, dass es ihr Ziel sei, „auf Grund der positiv ausgerichteten christlichen Weltanschauung [...] ein charaktervolles, beruflich bestens ausgebildetes [...] Geschlecht heranzubilden“.<sup>70</sup> Den Grund dafür sah die ÖJB darin, dass „erst auf diesen beiden Begriffen (Charakterfestigkeit und Ehrlichkeit) [...] eine demokratische österreichische Jugend zum Glück des Staates gebaut werden“<sup>71</sup> könne. „Charakterfestigkeit“ im Sinne der ÖJB bedeutete einerseits das Festhalten an christlichen Werten, die Teil der persönlichen Überzeugung eines jeden Mitglieds der politischen Glaubensgemeinschaft sein sollten. Andererseits stand sie auch für die berufliche Zielstrebigkeit und Leistungsbereitschaft, die im Sinne des kapitalistischen Weltbildes der ÖJB (und der ÖVP) erstrebenswert waren.

Bis zum Ende der alliierten Verwaltung war der Antikapitalismus neben dem Antifaschismus und dem Antikommunismus hingegen fixer Bestandteil des Demokratieverständnisses der SJ. Darüber hinaus gehörten ab 1949 Transparenz, im Sinne des uneingeschränkten Zugangs zu Information, Sozialismus und Solidarität zu ihren demokratischen Grundwerten.<sup>72</sup> Die ÖJB definierte 1955 Antikommunismus ebenfalls expliziter als zuvor konträr zu Demokratie. Neben ihrer prokapitalistischen Haltung wurde auch die Rechtsstaatlichkeit zu einem Bestandteil ihres Demokratieverständnisses. Das Kernstück dessen, was für die ÖJB ‚Demokratie‘ ausmachte, blieb jedoch weiterhin das Einhalten christlicher Werte.<sup>73</sup>

66 Ruf der Jugend, 1.11.1945; Ruf der Jugend, 8.12.1945; Stimme der Jugend, 13.11.1945; Stimme der Jugend, 20.11.1945; Stimme der Jugend, 27.11.1945.

67 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 45–46.

68 Ruf der Jugend, 1.11.1945, 1.

69 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 52; Ruf der Jugend, 1.11.1945, 3.

70 Ruf der Jugend, 1.11.1945, 3.

71 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 52; Ruf der Jugend, 1.11.1945, 3.

72 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 59; Trotzdem, 24.9.1949, 5; Trotzdem, 15.10.1949, 1, 10.

73 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 72; Wir, 1.10.1955, 6, 10.

1955 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift des Nationalen Jugendkorps (NJK) *Der Trommler. Kampfblatt der Nationalen Jugend in Österreich*. De facto handelte es sich beim NJK um die Parteijugend des VdU. Das explizite Bekenntnis des NJK zur Demokratie und ihren Werten in der ersten *Trommler*-Ausgabe veranschaulicht, dass die Auseinandersetzung mit der Demokratie zwischen 1945 und 1955 über die Grenzen der durch die Zeitschriften der Parteijugenden definierten Arena hinaus stattgefunden hatte und rezipiert wurde. Auch der am rechten Rand des politischen Spektrums operierende NJK hatte seine Ideologie 1955 bereits in eine mit demokratischen Begriffen angereicherte Rhetorik übersetzt.<sup>74</sup> In den ersten beiden Ausgaben des *Trommlers* wird deutlich, dass es auch dem NJK ein Anliegen war, die Werte der Demokratie für sich zu beanspruchen. Er positionierte sich explizit als demokratische Jugendorganisation, während die Inhalte des *Trommlers* zugleich von faschistischer Ideologie durchzogen waren. Das demokratische Konzept des Miteinanders übersetzte der NJK beispielsweise in die „Gemeinschaft“, um dann auszuführen, dass die Qualität dieser von der Durchsetzungskraft ihres Führers abhinge: „so hat der Führer es in der Hand, seine Leute zu einer Gruppe, also einer in sich geschlossenen Gemeinschaft zu machen.“<sup>75</sup> Das inklusiv gemeinte demokratische Konzept wurde durch diese Auslegung mit dem autoritären Weltbild des NJK kompatibel. Auch betonten die Artikel des *Trommlers* die zentrale Bedeutung, die dem Willen des Volkes in der Demokratie zukommen müsste, und, dass die übrigen Parteien diesem Willen kein Gehör schenken würden – womit sich auch der *Trommler* von den vermeintlich undemokratischen politischen Gegnern abgrenzte.<sup>76</sup>

Wenngleich in den Zeitschriften der FÖJ, der SJ und der ÖJB zwischen 1945 und 1955 also nicht das demokratiepolitische Wissen zirkulierte, dass die Westalliierten an die österreichische Jugend weiterzugeben intendiert hatten, fand in ihnen dennoch die Verhandlung der jeweiligen Demokratieverständnisse der Parteijugenden statt. Diese definierten ‚Demokratie‘ entlang traditioneller Parteiideologien. Die Jugendorganisationen prägten damit in der durch ihre Zeitschriften definierten Arena eine einheitliche demokratische Rhetorik, die es jeder Parteijugend erlaubte, ihr eigenes demokratisches Wissen, das von jenem der anderen abwich, auszudrücken.

---

74 Der NJK betont in der ersten Ausgabe seiner Zeitschrift keine Parteijugend des VdU zu sein, allerdings belegen die Inhalte der Zeitschrift ab der zweiten Ausgabe das Naheverhältnis zwischen der Jugendorganisation und der Partei eindeutig. Klauda, Demokratie lernen, 2018, 20; Der Trommler. Kampfschrift der Nationalen Jugend in Österreich, 9/10 1955; Der Trommler, 11/12 1955.

75 Der Trommler, 9/10 1955, 2.

76 Klauda, Demokratie lernen, 2018, 74.

## Conclusio

Was also verdeutlicht das Beispiel der Zeitschriften der Parteijugenden in Österreich zwischen 1945 und 1955? Zum einen machen die Entstehungshintergründe dieser Zeitschriften die Diskrepanzen deutlich, die zwischen den im Vorfeld formulierten westalliierten Demokratisierungsplänen und den tatsächlich umsetzbaren Maßnahmen in der unmittelbaren Nachkriegszeit lagen. Diese ergaben sich einerseits aus der materiellen und wirtschaftlichen Not, dem veränderten weltpolitischen Kontext und den dementsprechend angepassten Prioritätensetzungen seitens der Westalliierten. Andererseits sind sie aber auch auf die fehlgeleitete Vorstellung zurückzuführen, dass die westalliierten Akteur\*innen ausreichend handlungsmächtig sein würden, um einen linearen Wissenstransfer durchzuführen, in dem die Handlungsmacht lokaler Akteur\*innen anfänglich beschnitten und später erneut zugelassen werden würde. Tatsächlich führten die personellen und materiellen Rahmenbedingungen dazu, dass die lokalen Akteur\*innen – in dem hier behandelten Beispiel die Parteijugenden – in der Bewegung demokratiepolitischen Wissens zwischen 1945 und 1946 die handlungsmächtigeren Akteur\*innen wurden.

Zum anderen zeigt die inhaltliche Analyse der ersten Ausgaben der Zeitschriften, dass sich die Parteijugenden, obwohl der Transfer demokratiepolitischen Wissens von den Westalliierten an die österreichische Jugend nicht in der intendierten Form stattfand, dennoch mit der Demokratie, ihren Werten und Konzepten auseinandersetzten. In Ermangelung eines klaren Wissensangebots der Westalliierten erarbeiteten sich die Jugendorganisationen durch Rückbezüge auf die westalliierten Demokratisierungspläne und frühere Parteiideologien selbst Definitionen der Demokratie. Die Ergebnisse der Metaphernanalyse verdeutlichen letztlich auch, dass sich die demokratiebezogenen Sprachbilder der verschiedenen Parteijugenden zwischen 1945 und 1955 entlang ihrer Parteiideologien und in Abgrenzung zu jenen der jeweils anderen Parteijugenden auseinanderentwickelten. Die Zeitschriften förderten somit die Etablierung einer demokratischen Rhetorik und erlaubten, wenn auch von der westalliierten Vorstellung abweichend, die fortlaufende Zirkulation demokratiepolitischen Wissens, seine parteiübergreifende Aushandlung und kontinuierliche Aktualisierung.